



Passt dieser Staat in die NATO oder gar in die EU?

Heinz Gstrein und Thomas Lachenmaier

Jahrzehntelang wurde in der Türkei von Staats wegen der Personenkult Atatürks als eine Art Ersatzreligion propagiert. Alles Islamische galt als rückständig, morsch und korrupt. Gegen diese Weltsicht war Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in den zehn Jahren seiner bisherigen Regierung angetreten. Als tragende Idee diente ihm die Abkehr von Kemal Atatürks nationalistischer Verwestlichung zugunsten einer Rückwendung zum islamisch ausgerichteten Sultansstaat der Osmanen.

Zwar kannte auch dieser Sultansstaat keine Religionsfreiheit. Christen und Juden blieben religiös und politisch diskriminiert. Vor allem stand Todesstrafe darauf, den muslimischen Mitbürgern Jesus zu verkünden. Dieses osmanische

System war aber doch toleranter als die heutigen politislamischen Regime wie etwa Iran oder Saudi-Arabien.

Die Grösse des einstigen Osmanenreichs versuchten Premier Erdogan, Präsident Gül und ihre Gesinnungsgenossen von der AKP-Partei («Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung») durch Rückgriff auf islamische Lebensformen zurückzuzaubern. Das Kopftuch und die Ächtung des Alkohols waren erste Zeichen einer immer umfassenderen Islamisierung des Landes. Ihrer Rückwärtsgewandtheit steht im Lager der kemalistischen Europäisierungstürken an Negativem eine extrem nationalistische Türktümelei gegenüber.

Das Europa, an dem sich Atatürk in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts orientierte, war eben jenes von ausuferndem Nationalismus, ja

des Faschismus. Als Vorbilder des «Europäisierers» Atatürk dienten die französische «Laïcité», aber auch Mussolini und Hitler, dessen Rassenwahn nicht ausgenommen. Zwar nahm der autoritäre Machthaber in der Türkei von den Nationalsozialisten verfolgte deutsche Juden auf, sofern sie ihm als Wissenschaftler von Nutzen waren. Gleichzeitig inszenierte Atatürk aber schreckliche Judenpogrome in Thrakien. Es war die erste Region Europas, in der alle Juden ermordet oder vertrieben wurden. Die Vertreibung auch aller anderen, vorwiegend christlichen Minderheiten oder ihre Verschmelzung mit dem türkischen Staatsvolk war und ist auch das heutige Ziel von Atatürks Epigonen in den Nationalistenparteien.

Erdogans Kurs einer immer radikaleren islamischen Gleichschaltung des

Hochmut vor dem Fall

Die Türkei zwischen muslimischer Gleichschaltung, den beharrenden Kräften des Kemalismus und wirtschaftlichem Niedergang. Steht Erdogans Traum vom islamischen Grossreich vor dem Aus?



Die Türkei steht vor gewaltigen politischen, religiösen und wirtschaftlichen Turbulenzen.

Landes, sein «islamdemokratischer» Führungsstil, fand in diesem Sommer plötzlich massiven Widerstand. Zwischen den kemalistischen Betonköpfen und den islamistischen Hardlinern formierte sich etwas für die Türkei gänzlich Neues. Vielen Türken, vor allem aus der Mittelschicht, wurde bewusst, was die Islamisierung des Landes für ihr Leben bedeutet. Der Architekt und Stadtplaner Korhan Gümüs, einer der Gründer der «Taksim-Plattform», sagte, es gehe darum, eine grundsätzlich neue, zivilgesellschaftliche Kultur in der Türkei zu entwickeln. Aber das ist ein weiter Weg. Der Protest gegen Erdogan setzt sich aus uneinheitlichen, verschiedenartigen Kräften zusammen.

Erdogans Machtinstinkt zeigt sich darin, dass es ihm gelungen ist, die Herrschaft des Militärs zu brechen. Zuletzt

haben die zusammen mehrtausend-jährigen Gefängnisstrafen für 275 Mitglieder der angeblichen Offiziers- und Intellektuellenverschwörung «Ergenekon» Erdogans Machtwillen gezeigt.

Manche werteten es zwar als ein positives Zeichen, endlich Angehörige von Streitkräften, paramilitärische «Jan-darma» und Polizei auf der Anklagebank zu sehen. So empfanden es christliche Minderheiten als Genugtuung, einen ihrer erbitterten Feinde, den Anwalt Kemal Kerincsiz, hinter Schloss und Riegel zu wissen. Er hatte über 300 Prozesse angestrengt, in denen er die Unvereinbarkeit des Christentums mit dem Türkentum zu beweisen suchte. Jetzt hoffen die Christen auf Rückgabe der ihren Gemeinschaften entrissenen Marien-, Nikolaus- und Johanneskirche in Istanbul Stadtteil Karaköy. Neben manch kriminellem Militär liess Erdogan hunderte Kritiker seiner Islamisierung inhaftieren: Journalisten, Anwälte, liberal denkende Menschen.

Nicht erfüllt haben sich Hoffnungen, dass die Prozesse mehr Licht auf die Hintergründe jener Serie von Christenmorden werfen, von denen die Türkei zwischen 2006 und 2010 heimgesucht war: Als Erster wurde in Trabzon Pfarrer Andrea Santoro beim Gebet hinterrücks erschossen, dann fiel 2007 der armenische Publizist Hrant Dink in Istanbul auf offener Strasse Schüssen zum Opfer. Im gleichen Jahr wurden in Malatya der deutsche evangelische Missionar Tilman Geske samt zwei zum Christentum konvertierten Türken mit Schlachtermessern zu Tode gefoltert, im Juni 2010 im Hafen Iskenderun Bischof Luigi Padovese auf dieselbe Art abgeschlachtet und geköpft.

Erdogan sah die Türkei zuletzt auf dem Weg zu einer islamischen Weltmacht, auf einer Stufe mit den kapitalistischen USA und dem kommunistischen China. Das Militär, das Bildungssystem und weitgehend die Medien hat Erdogan unter die Fuchte seiner AKP-Partei gebracht. Eine freie, unbehinderte Berichterstattung ist nicht mehr möglich. Mehr als 60 Journalisten sind in Haft. Der entlassene angesehene Journalist

Hasan Cemal sagt: «Jeden Tag dreht er (Erdogan) die Schrauben weiter an. Er will Medien, die sich ihm völlig unterwerfen und ihm wie Sklaven gehorchen.» Mehrere Medien stehen unter Zwangsverwaltung. Ein Journalist sagte, es existiere faktisch ein Berufsverbot für kritische Journalisten. Wer einmal aus diesem Grund entlassen wurde, finde so leicht nirgendwo mehr Arbeit. Die Journalistin Mine Kirikkanat sagt: «Ich habe mehrere Todesdrohungen erhalten und äussere mich nicht mehr frei über die Islamfrage.» Der Türkei-Experte Boris Kalnoky schreibt, Erdogan habe genau das System geschaffen, gegen das er angetreten sei: «Kemalismus», aber unter neuen, islamischen Vorzeichen. Es ist ein Islamo-Kemalismus». Eigentlich ist es ein Islamofaschismus.

So zeigen die Prozesse gegen politische Gegner, dass die Justiz zum ausführenden Organ der Regierung geworden ist. Erdogan ist entschlossen, mit der Opposition aufzuräumen. Hunderte sitzen in Haft. Er werde seine Feinde «erdrosseln», verkündete Erdogan.

Türkeikorrespondent Kalnoky bezeichnet Erdogans aufgepeitschte Ansprachen als «akribisch durchkomponierte Wortmosaik aus sorgsam ausgewählten Reizbegriffen, um die Basis zu motivieren: Verbrecher, Terroristen, böser Westen, böse Christen, böse Putschisten, gute und gerechte Muslime». Fester Bestandteil seiner demagogischen Reden sind hasserfüllte Tiraden gegen Israel. Er setzt Zionismus mit Faschismus gleich und strickt an uralten Verschwörungstheorien weiter, indem er behauptet, Israel stecke hinter den Aufständen in Ägypten und den Unruhen in der Türkei. Zionismus sei «ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit». Dass Erdogan von einer «Weltverschwörung gegen den Islam» schwadroniert, erinnert den ägyptischen Historiker Hamal Abdel-Samad an den gestürzten Ägypter Mursi. Eine segensreiche Entwicklung des Landes ist mit einer solchen Israel verfluchenden Rhetorik und Politik undenkbar. Und in der Tat: Jetzt zeigt es sich, dass der Türkei unruhige Zeiten bevorstehen.



Zwischen Moderne und Moschee: Der Islamkurs Erdogans und eine drohende schwere Wirtschaftskrise werden die Türkei in gewaltige Konflikte stürzen.

WERNER KUHNLE

Erdogan ist entschlossen, mit der Opposition aufzuräumen. Er werde seine Feinde «erdrosseln», kündigte er an.

Zunächst hatte Erdogan mit seiner AKP eine politische, religiöse und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte vorgelegt. Trotz immenser innenpolitischer Gegenkräfte (vor allem des Militärs) erlebte die Türkei politische Stabilität. Die muslimische Welt staunte über das Erstarken des Islam in der Türkei. Selbst in den urbanen Zentren, wo vor zwölf Jahren kaum eine Frau mit Kopftuch zu sehen war, sind die religiös gekleideten Frauen jetzt allgegenwärtig. Die Gebetsrufe der Mullahs sind in Städten wie Istanbul oder Ankara inzwischen in jedem Winkel und laut zu hören. Aber gleichzeitig haben die Unruhen in der arabischen Welt und der Protest im eigenen Land Erdogans Marsch in ein neu erstarktes Osmanisches Reich aus dem Tritt gebracht.

Es gelingt ihm nicht einmal mehr, seine seit mehr als zehn Jahren allein regierende AKP auf Kurs zu halten. Einerseits ist sie die Nachfolge-Organisation der «Heilspartei» des National-Islamisten Necmettin Erbakan (1926–2011). Als Bürgermeister von Istanbul war Erdogan in den 1990er Jahren dessen strammer Gefolgsmann, sprach von «Demokratie als Mittel zur Macht» und «die Moscheen sind unsere Kasernen!».

Dann versuchte Erdogan seiner AKP einen gefälligeren, international akzeptableren Anstrich zu geben. Die Europäer waren nur allzu bereit, dies zu glauben. Die ideologische und organisatorische Distanzierung von seinem Mentor Erbakan gelang ihm mit Hilfe einer spirituell-islamischen Erweckungsbewegung, die ursprünglich auf den kurdischen Mystiker Said Nursi (1876–1960) zurückgeht.

Seine Ideen wurden von Fethullah Gülen (geb. 1941) übernommen. Dieser erwies sich aber weniger als religiöser Denker, sondern in erster Linie als hervorragender Organisator. Gülen baute seine Anhängerschaft zur mit Abstand stärksten islamischen Richtung unter den Türken aus, errang Schlüsselpositionen im Sozial- und Bildungswesen sowie auf dem Mediensektor. Ohne die Hilfe dieses «Hoca Efendi» genannten Muslimführers wäre es Erdogan nie

gelingen, sich vom Gefolgsmann Erbakans zum «islamdemokratischen» Erfolgspolitiker zu wandeln. Inzwischen scheint die Gülen-Bewegung jedoch ihre Schuldigkeit getan zu haben. In Erdogans AKP gewinnen die Anhänger von Milli Görüs wieder deutlich an Boden. Seine persönliche Führungsrolle in Partei und Regierung wird in Frage gestellt.

Bei den Minderheiten und in liberalen türkischen Kreisen wächst gleichzeitig die Ungeduld über die nur schleppende Einlösung von Erdogans Reformversprechen. Sowohl die verheissenen Gruppenrechte für die Kurden wie die schon überoft beteuerte Wiedereröffnung der 1971 von Staats wegen geschlossenen christlichen Theologischen Hochschule von Chalki auf einer Insel bei Istanbul lassen weiter auf sich warten. Auch bei bereits beschlossenen Gesetzen krankt es an ihrer Durchführung: Gerade einmal 16 % der 1936 von Atatürk beschlagnahmten kirchlichen und synagogalen Einrichtungen wurden bislang zurückgegeben, wie das ein Dekret Erdogans von 2011 vorsah.

Derweilen bekommen Spekulationen um einen sich verschlechternden Gesundheitszustand Erdogans frische Nahrung. Schon vor sechs Monaten war in Ankara von einem Krebsleiden des Premiers die Rede. Er habe Schwächephasen und regelrechte Ausfälle.

Gewaltige Probleme kommen auf Erdogans Türkei auf wirtschaftlicher Ebene zu. Die Türkei erlebte einen Wirtschaftsboom, der vielen Türken Wohlstand bescherte. Auch das hatte die von (ökonomischen) Minderwertigkeitskomplexen geplagte muslimische Welt erstaunt und erfreut zur Kenntnis genommen.

Die Türkei schien das einzige islamische Land mit einer prosperierenden Wirtschaft zu sein, welche nicht auf Erdöl-Lagerstätten, sondern auf eigener Arbeitsleistung basiert. Wirtschaftsjournalisten machten eine spezifisch islamische Wirtschaftsethik – redlich, arbeitsam, unbestechlich – für diesen Aufschwung verantwortlich und verglichen diese Entwicklung mit der «protestantischen Ethik», die der Soziologe

Max Weber einst als Grund und Ursache für die Wirtschaftskraft westlicher Gesellschaften ausgemacht hatte.

Davon ist jetzt jeden Tag weniger die Rede. Es zeigt sich, dass die kemalistische Vetternwirtschaft gegen den Filz und die Korruption der AKP ausgetauscht wurde. Die begehrten Grossaufträge in der Zeit des Baubooms gingen an Erdogans Freunde und Förderer. Unternehmer, die nicht auf dessen Islamkurs sind, haben das Nachsehen oder sind Repressionen ausgesetzt.

Schon wendet sich das Blatt: 2008 betrug das Wirtschaftswachstum noch 8,8 Prozent, heute sind es noch 2,2 Prozent. Die börsenorientierten Unternehmen haben von Mai bis August mehr als ein Viertel ihres Wertes verloren. 2001 galten noch 24 Prozent der Türken als «aufstrebend», inzwischen sind das nur noch 15 Prozent. So eine Studie des Gallup-Institutes. In den Metropolen werden bereits 40 Prozent als «notleidend» eingestuft, doppelt so viele wie vor zwei Jahren.

Jetzt zeigt sich, dass der Boom nicht auf einer überlegenen islamischen Moral, sondern auf öffentlicher und privater Schuldenmacherei beruhte. Der «islamische Aufschwung» wird sich jetzt als Strohfeuer erweisen. Wie sicher die Kredite sind, die die Türkei von islamisch-sunnitischen Quellen erhalten hat, ist ungewiss. Viele Türken haben sich den Konsum der vergangenen Jahre mit einer Sammlung von Kreditkarten ermöglicht. Diese Blase wird jetzt platzen.

Ein Leben auf Pump funktioniert unter islamischen Vorzeichen so wenig wie unter dem Label eines westlichen Versorgungsstaates. Wenn der Wirtschaftsboom in sich zusammenbricht, werden die innertürkischen Konflikte mit grosser Wucht aufbrechen. Islamisten, Kemalisten, Kurden, Türknationalisten, Freiheitsfreunde und Säkularisten werden mit den mächtigen Familienclans um Macht und Einfluss kämpfen.

Der Traum vom geeinten Weltislam unter Führung der wiedererstarkten Türkei könnte sich schnell als Albtraum erweisen. Für die verbliebene kleine christliche Minderheit in dem einst christlichen Land verheisst das nichts Gutes. Es besteht die Gefahr, dass Christen – wie in den anderen islamischen Ländern – zwischen die Mühlsteine widerstreitender Interessen geraten. ■